



Stadt Schriesheim

Beschlussvorlage für die Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

am 24. März 2021

TOP 017

Amt/Sachbearbeiter Ordnungsamt / Weitz	AZ.:	VL-57/2021
Betreff: Unterstützung der überparteilichen Initiative "Seebrücke - Schafft sichere Häfen" durch die Stadt Schriesheim Antrag einer Unterstützerguppe aus Schriesheim		
BESCHLUSSANTRAG: Der Gemeinderat stimmt dem Antrag der Unterstützerguppe aus Schriesheim zu und die Stadt Schriesheim unterstützt die überparteiliche Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“ entsprechend beiliegender Erklärung.		
Beteiligte Ämter	Beteiligung Jugendgemeinderat	
	erforderlich	
	nicht erforderlich	
Kosten in €	Vorgesehen im	Haushaltsstelle
	Verwaltungshaushalt/Erfolgsplan	
	Vermögenshaushalt/Vermögensplan	
		Deckungsvorschlag
Mittel stehen nicht zur Verfügung		
Mittel stehen bis € zur Verfügung		

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die Verwendung geschlechterspezifischer Sprachformen verzichtet. Bei allen personenbezogenen Bezeichnungen meint die gewählte Formulierung sämtliche Geschlechteridentitäten.

SACHVERHALT:

Vorliegender Antrag einer Schriesheimer Unterstützergruppe wurde, mit der Bitte diesen im Rahmen der nächsten Gemeinderatssitzung einzubringen, eingereicht.

Eine Begründung sowie die Unterstützer sind im Antrag benannt.

STELLUNGNAHME DER VERWALTUNG:

Bei der Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“ handelt es sich um eine bundesweite Initiative, die sich dafür einsetzt, (Zitat): „dass Menschen auf der Flucht einen Ort zum Ankommen finden – einen Sicheren Hafen.“

Die Forderungen der SEEBRÜCKE sind beiliegend aufgeführt.

Prinzip ist dabei, dass die Kommunen und sonstigen Unterstützergruppen, anhand der aufgeführten Punkte, sich ihre individuelle Erklärung zusammenstellen können.

Beiliegende Erklärung für Schriesheim wurde anhand der im Antrag der Schriesheimer Unterstützergruppe benannten Punkte durch die Verwaltung erstellt.

Anlage(n):

1. Antrag sicherer Hafen_Seebrücke_10022021_Neu
2. SEEBRÜCKE-Forderungen_Sicherer-Hafen_Stand_Oktober-2019
3. Erklärung Schriesheim wird Sicherer Hafen

STELLUNGNAHME des Gemeinderates:

Bürgermeister Höfer erklärt, eine Bürgergruppe sei mit der Bitte an ihn herangetreten den Antrag im Gemeinderat zu beraten. Er gebe das Wort an Stadträtin Tuncer, GL, die Teil dieser Bürgergruppe sei.

Stadträtin Tuncer, GL, erklärt, dass normalerweise die Fraktionen Anträge stellen. Allerdings sei die Besonderheit dieses Antrages, dass er aus der Bürgerschaft komme. Sie begrüßt in diesem Zusammenhang Frau Thiels, die bereits im letzten Jahr den Vorschlag zu einem solchen Antrag gemacht habe und damit den Anstoß zu dieser Initiative gegeben habe. Daraus sei mittlerweile eine Unterstützerguppe gewachsen. Frau Tuncer erläutert den Antrag, den die Fraktion der Grünen Liste unterstütze. Demnach solle die Stadt die Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“ unterstützen und sich selbst zum sicheren Hafen für Flüchtlinge erklären. Jede Kommune könne selbst entscheiden, welche Punkte sie aus dem Forderungskatalog der Seebrücke umsetzen wolle. Die Schriesheimer Unterstützerguppe schlage vor, die Punkte 1, 5, 7 und 9 des Forderungskatalogs umzusetzen. Diesen Vorschlag habe man auch bereits den Integrationsmanagerinnen der Stadt vorgelegt. Stadträtin Tuncer, GL geht auf die Situation in den Flüchtlingslagern ein, die aufgrund der Corona-Pandemie aus dem Blick gerate. Das sei nicht akzeptabel. Städte könnten ein Zeichen setzen und so Druck auf die Regierung ausüben. Auch wenn die Stadt nicht direkt für die Unterbringung der Flüchtlinge zuständig sei und nur der Rhein-Neckar-Kreis Menschen aufnehmen könne, sei Schriesheim in der Lage, solidarisch zu handeln und die Betroffenen so zu unterstützen. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten solle die Stadt das Projekt deshalb unterstützen.

Stadträtin Haase, CDU, bemerkt, dass in Schriesheim bereits viel Hilfe stattfinde. Dies zeige, dass die Schriesheimer Bürgerinnen und Bürger generell sehr hilfsbereit seien. Die Initiative der Seebrücke sei an sich sehr gut, allerdings habe man mit diesem Antrag ein Problem. Die Asylpolitik sei Bundes- und Ländersache und der Kreis verteile die Flüchtlinge auf die Städte. Daher sehe sie keinen Handlungsspielraum für Schriesheim. Mannheim und Heidelberg seien Teil der Initiative der Seebrücke und viele Schriesheimer Bürgerinnen und Bürger seien dort bereits aktiv. Man benötige kein Prädikat, um zu helfen.

Stadtrat Hegmann, FW, merkt an, dass es von seiner Fraktion keine Wortmeldung gebe und man lediglich abstimmen solle.

Stadtrat Cuny, SPD, führt aus, dass viele Menschen vor wirtschaftlicher Not oder Verfolgung fliehen würden. Sie ließen ihr gesamtes Leben zurück, um sich auf einen gefährlichen Weg über das Meer nach Europa zu machen. Sie riskierten ihr Leben, um in Europa ein besseres beginnen zu können. Die Lage in den Flüchtlingslagern sei Europa nicht würdig. Als Kommune habe man hier

keine rechtlichen Möglichkeiten. Der Beschluss könne nur appellierenden Charakter haben. Fraglich sei, was der Beschluss bewirke. Er gehe davon aus, dass der Beschluss nichts an den Zuständen in den Flüchtlingslagern ändern werde. Es liege an jeder und jedem Einzelnen Druck auszuüben, damit Europa, Bund und Land endlich eine humanitäre Flüchtlingspolitik umsetzen. Mit dem Beschluss könne man den Menschen in den Flüchtlingslagern jedoch den Rücken stärken. Die Fraktion der SPD stimme dem Antrag deshalb zu.

Es stehe außer Frage, dass die Zustände in den Flüchtlingslagern schrecklich seien, so **Stadträtin von Eicke und Polwitz, FDP**. Man versuche Lösungen für diese Probleme zu finden. Die Seebrücke setze sich dafür ein, dass Flüchtlinge auf dem Meer gerettet würden. Tatsächlich würden doppelt so viele Menschen auf dem Weg zum Schiff sterben. Durch die Rettung auf dem Meer mache man ihnen Hoffnung dieses Risiko einzugehen. Sie geht auf Einzelheiten zu Maßnahmen der Fluchtbegrenzung durch den Bund ein. **Stadträtin von Eicke und Polwitz, FDP** erklärt die Stadt habe hier lediglich eine Befassungskompetenz und könne einen Appel nach außen richten. Dies sei allerdings nur Symbolpolitik. Jedem und jeder Einzelnen stehe es frei, sich politisch zu engagieren, beispielsweise Leserbriefe zu schreiben und zu zeigen, dass man wolle, dass mehr Flüchtlinge aufgenommen würden. Außerdem gebe es die Möglichkeit sich durch eine Partnerschaft auf Gemeindeebene in einem Entwicklungsland zu engagieren. Damit könnten Schulen gefördert und Kenntnisse ausgetauscht werden. So mache es auch Ladenburg. Das sei sinnvoller als die reine Äußerung, dass man sich für die Seenotrettung einsetzen wolle. Die Seenotrettung sei ein sehr komplexes Thema, über das auf Bundes- oder Landesebene entschieden werden solle und nicht im Gemeinderat. Man werde den Antrag daher ablehnen.

Stadtrat Kröber, AfD, zeigte sich verwundert darüber, dass der Antrag von einer Bürgergruppe komme. Dies müsse dann für alle Bürgergruppen möglich sein. Er habe Bürgermeister Höfer gefragt, ob er alle Bürgeranträge zulasse. Darauf habe er allerdings keine Antwort bekommen. Er sei der Meinung, dass der Gemeinderat nur für die Schriesheimer Bürger zuständig sei und nicht für Menschen in der ganzen Welt. Wer helfen wolle, könne dies aus eigenen Mitteln finanzieren. Sollte der Beschluss angenommen werden, stelle er den Antrag, dass die Antragssteller die Kosten, die auf die Stadt Schriesheim zukommen würden, selbst tragen müssten. Inhaltlich lehne er den Antrag ab. Man schaffe den Menschen dadurch klare Anreize, sich über das Mittelmeer auf den Weg nach Europa zu machen. Diese würden dann im Mittelmeer ertrinken. Daher solle man den Menschen besser vor Ort helfen.

Sie stimmt den Ausführungen von Stadträtin Haase zu und habe diesen nichts hinzuzufügen, so **Stadträtin Breitenreicher, BgS**.

Die Bilder, die man aus den Flüchtlingslagern sehe, erschütterten alle, so **Bürgermeister Höfer**. Dies eine alle, unabhängig davon wie heute abgestimmt würde. Man leide mit diesen Menschen

und wolle Ihnen ein Zeichen senden und einen Appell an die EU richten. Auch er habe keine Lösung, aber die Zustände vor Ort seien ein Skandal für Europa. Mit dem Beschluss wolle man zeigen, dass man sehe, was in den Flüchtlingslagern geschehe und wolle, dass den Menschen geholfen werde.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS:

Zustimmung (16) **8 GL** (Edelmann; Grüber; Hasenkopf-Konrad; Langensiepe; Lorenz; Molitor; Tuncer; Wolf)

3 FW (Hegmann; Lamprecht; Meffert)

4 SPD (Cuny; Dellbrügge; Dr. Hörisch-Hellgrath; Mohr-Nassauer)

1 Bürgermeister

Gegenstimmen (10) **5 CDU** (Diehl; Hartmann; Mittelstädt; Reidinger; Spingel)

2 FW (Beckenbach; Becker)

2 FDP (Renkenberger, von Eicke und Polwitz)

1 AfD (Kröber)

Enthaltungen (2) **1 CDU** (Haase)

1 BgS (Breitenreicher)

BESCHLUSS

Der Gemeinderat hat dem Antrag der Unterstützergruppe aus Schriesheim **mehrheitlich (16)** zugestimmt und die Stadt Schriesheim unterstützt die überparteiliche Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“ entsprechend beiliegender Erklärung.

Stadtrat Kröber, AfD, stellt den Antrag, dass nur die Gemeinderäte die Kosten des Beschlusses tragen, die diesem auch zugestimmt hätten.

Bürgermeister Höfer erklärt, dass ein solcher Antrag unzulässig sei und daher nicht zur Abstimmung gebracht werden könne. Zu Stadtrat Kröbers Anfrage die Zulassung des Antrags einer Bürgergruppe betreffend, erklärt **Bürgermeister Höfer**, dass es im Ermessen des Bürgermeisters liege, welche Anträge er zulasse. Hier habe es sich um den Antrag einer Gruppe Bürgerinnen und Bürger gehandelt, die sich schon jahrelang für die Flüchtlingshilfe einsetzten. Deshalb habe er den Antrag zugelassen.

Verteiler

Amt	Sachbearbeiter	Merkmal	
Ordnungsamt	Achim Weitz	zur Erledigung	
Ordnungsamt	Dominik Morast	zur Erledigung	